

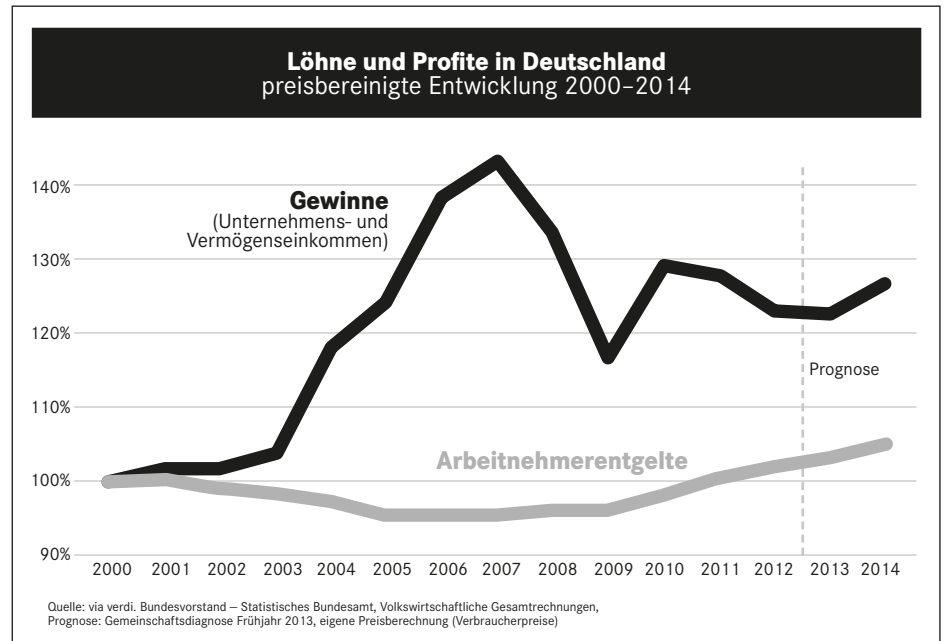
Ungleiche Lohnentwicklung: SPD war immer dabei

Am 22. August verlautete aus dem SPD-geführten Wirtschaftsministerium die Klage, Deutschland habe ein »Lohnproblem«, weil die Lohnungleichheit auf einem historisch hohen Niveau verharre. »Haltet den Dieb!« ist ein beliebter Ruf derer, die selbst gerade in fremde Taschen gegriffen oder dabei Schmiere gestanden haben. Die Mitteilung ist ein klassisches Beispiel dieser Mentalität. Fünfzehn der letzten neunzehn Jahre saß die SPD in der Bundesregierung, aber eine Politik, die das völlig richtig erkannte Problem der massiven Ungerechtigkeit bei den Löhnen behoben hätte, hat sie nicht betrieben.

Teile der Beschäftigten werden abgehängt

Trotz **guter wirtschaftlicher Entwicklung** und **sprudelnder Unternehmensgewinne** bleiben größere **Teile der Beschäftigten von dieser Entwicklung abgekoppelt**. So heißt es im Papier des Wirtschaftsministeriums: **»Im Jahr 2015 waren die realen Bruttolöhne der unteren 40 Prozent zum Teil deutlich niedriger als 1995.«** Verglichen mit anderen EU-Staaten (ohne Osteuropa) hinkt die Lohnentwicklung in Deutschland hinterher. Gab es dort zwischen 2000 und 2016 einen realen Zuwachs von im Schnitt – immer noch geringen – 0,7 Prozent, so lag er in Deutschland nur bei 0,4 Prozent. Zwar gab es nach langer Stagnation in den letzten Jahren endlich wieder **höhere Tarifabschlüsse**, aber die **immer geringere Tarifbindung** führt dazu, dass weniger Beschäftigte daran teilhaben. **Zu Beginn der 1990er Jahre haben noch 70 Prozent der Beschäftigten unter einem tariflichen Dach gearbeitet, 2015 nur noch 49 Prozent.**

Hartz IV, die Ausweitung der Leiharbeit, Minijobs und sachgrundlose Befristungen haben **Gewerkschaften massiv geschwächt** und damit das (auch früher schon) prekäre Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit verschoben. **Vor allem Frauen sind von dieser Entwicklung betroffen**, weil sie überdurchschnittlich



häufig in schlechter bezahlten Berufen arbeiten und für gleiche Arbeit geringer entlohnt werden. **Frauen verdienen im Durchschnitt 21 Prozent weniger**, obwohl ihre Arbeit gleichwertig ist. Politische **Weichenstellungen wie die Agenda 2010-Politik sind der Ausgangspunkt** einer Entwicklung, die einen Teil der Beschäftigten um ihren wohlverdienten Anteil am wirtschaftlichen Erfolg des Kapitals bringt. Es ist **Aufgabe der Politik, diesen Trend umzukehren** und **DIE LINKE steht für diese Umkehr**.

Wir sorgen für gute Arbeit und gute Löhne:

- Die **Löhne für Gering- und Normalverdienende müssen deutlich steigen**. Wir werden die **Leiharbeit abschaffen** und **sachgrundlose Befristungen ausschließen**.
- Den **Mindestlohn** werden wir auf **12 Euro erhöhen** und Verstöße dagegen stärker ahnden.
- Zudem werden wir alle **Einkommen unter 7.100 Euro brutto im Monat steuerlich entlasten**.

■ Durch die Einschränkung und Überwindung prekärer Beschäftigungsverhältnisse werden wir die **Verhandlungsmacht der Gewerkschaften stärken**, um so die Tarifbindung der Unternehmen zu erhöhen.

■ **DIE LINKE** will ein **neues Normalarbeitsverhältnis**, das soziale Sicherheit ermöglicht und individuelle Lebenslagen berücksichtigt. Ein neues Normalarbeitsverhältnis heißt auch: **Tarifverträge für alle**.

■ **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit** muss als Prinzip durchgesetzt werden. Ein **Entgeltgleichheitsgesetz** soll die Diskriminierung von Frauen und Beschäftigten in Ostdeutschland überwinden.

Die sprudelnden Unternehmensgewinne werden von den Beschäftigten erarbeitet. Höchste Zeit, dass sie auch stärker davon profitieren!

■ Wir werden **Reichtum stärker besteuern (Millionärsteuer)**, **Steuerschlupflöcher schließen** und **Obergrenzen für Manager- und Vorstandsgehälter** durchsetzen.

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de
kontakt@die-linke.de

